

---

# Akademiska Solidarnost: Eine neue basisdemokratische Gewerkschaft in Kroatien

**HEIKO BOLLDORF**

**A**kademiska Solidarnost ist eine kroatische Gewerkschaft, die 2011 im Rahmen eines Streiks von Beschäftigten der Philosophischen Fakultät an der Universität Zagreb gegründet wurde. Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Kroatien in 2012 ergab sich Gelegenheit, sowohl Akademiska Solidarnost als auch die Konkurrenzgewerkschaft NSZVO zu interviewen. Die neue Gewerkschaft und die politischen Auseinandersetzungen, in denen sie sich bewegt, sind ein Beispiel für das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

## **Studierendenproteste und Gewerkschaften**

Bis 2008 waren Studierende in Kroatien nicht organisiert. Dies änderte sich mit der großen studentischen Beteiligung an der Kampagne gegen den NATO-Beitritt des Landes, was der Anstoß war, sich auch mit Bildungspolitik auseinanderzusetzen (Kapović 2010). Am 7. Mai 2008 fand in Zagreb mit 5000 Teilnehmenden die größte studentische Demonstration in Kroatien seit 1991 statt. Anlass war die Ankündigung des Bildungsministeriums, für Diplomstudiengänge Studiengebühren sogar von solchen Studierenden zu erheben, die bis zum Vordiplom gebührenfrei studiert hatten. Das Ministerium lud einen Tag vor der Demonstration Studierende zu Verhandlungen ein und erklärte danach, alle ihre Forderungen würden erfüllt – was nicht zutraf und ein erfolgloser Versuch war, die Demonstration zu verhindern. Aufgrund des Protests blieben die Diplomstudiengänge im folgenden Jahr gebührenfrei. Am 5. November 2008, dem Internationalen Tag des Kampfes gegen die Kommerzialisierung der Bildung, folgten Demonstrationen in Zagreb und Pula für kostenlose, vollständig öffentlich finanzierte Bildung – für Kroatien eine neue Forderung. Es folgte die Besetzung von ungefähr zwanzig Fakultäten in acht Städten im April und Mai 2009 mit der Forderung nach kostenloser Bildung. Die Bewegung organisierte sich an der Philosophischen Fakultät basisdemokratisch im studentischen Plenum, das bis heute existiert und an dem alle Menschen mit Rede- und Stimmrecht teilnehmen können, ohne Mitglieder der Fakultät zu sein. Im Rahmen dieser Besetzungen kam es zur Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, insbesondere mit der Unabhängigen Gewerkschaft der Wissenschaft und höheren Bildung (Nezavisni Sindikat Znanosti i Visokog Obrazovanja – NSZVO). Diese Zusammenarbeit scheiterte jedoch.

Dazu sagte Jovica Lončar vom studentischen Plenum, am Anfang habe es finanzielle Unterstützung von dieser Gewerkschaft gegeben. Sie habe außerdem einen gemeinsamen Protest auf dem Zagreber Hauptplatz angekündigt, diesen jedoch abgesagt, nachdem sie

selbst mit einem gleichzeitigen Streik eine Gehaltserhöhung für ihre Mitglieder durchgesetzt habe (Lončar 2012).

Demgegenüber meinte Vilim Ribic, Vorsitzender der NSZVO, die Studierenden hätten nicht mit der Regierung verhandeln wollen, daher habe er seine Mitglieder nicht überzeugen können, für studentische Forderungen weiter zu streiken (Ribić 2012). Ribić gab der «anarchistischen Ideologie» der studentischen AktivistInnen die Schuld für das kritisierte Verhalten. Allerdings stellte Kapović die Entscheidung, sich nicht auf Verhandlungen einzulassen, als eine Lehre aus den Erfahrungen von 2008 dar. Auffällig ist, dass Ribic auf die Gründe der Studierenden für diese Entscheidung nicht einging. Er wertete es aber positiv, dass die Studierendenbewegung die Forderung nach kostenloser Bildung zur Mehrheitsmeinung in Kroatien gemacht habe (ebd.).

Im Ergebnis bemühen sich die studentischen AktivistInnen seitdem um direkte Bündnisse mit kämpfenden ArbeiterInnen sowie mit einzelnen GewerkschafterInnen, anstatt die Gewerkschaften pauschal als Verbündete zu betrachten. So kam es 2010 zur Zusammenarbeit mit Arbeiterinnen der von Schließung bedrohten Zagreber Textilfabrik Kamensko (Lončar 2012).

## Die weitere Entwicklung bis zum Streik

Mit der Blockade wurden wieder gebührenfreie Diplomstudiengänge durchgesetzt, außerdem gelang es, die Verabschiedung des Gesetzes über die Universität zu verhindern. Erst im Oktober 2010 nahmen die wissenschaftlichen Beschäftigten diesen Gesetzentwurf sowie Entwürfe des Gesetzes über höhere Bildung und des Gesetzes über Wissenschaft zur Kenntnis. Sie ebenso wie das studentische Plenum lehnten diese Gesetzesentwürfe mit deutlicher Mehrheit ab, weil sie darin eine weitere Kommerzialisierung der Bildung sahen (Kapović 2010).

Akademaska Solidarnost existiert seit Januar 2010 zunächst als informelle Initiative von WissenschaftlerInnen, die mit den bestehenden Formen der Interessenvertretung unzufrieden sind. Im Januar 2011 rief die Initiative alle Beschäftigten zum Streik gegen die Gesetze auf (Akademaska Solidarnost 2012a). Diesem Aufruf schlossen sich das Plenum und mehrere Universitäten, Fakultäten und Institute in Kroatien an (Akademaska Solidarnost 2012b). Weil die NSZVO, die an den Entwürfen mitgearbeitet hatte, den Aufruf ablehnte, entstand am 9. März 2011 aus der Initiative die Gewerkschaft der höheren Bildung und Wissenschaft – Akademaska Solidarnost (AS). Als die Regierung am 21. 6. 2011 die Gesetzentwürfe ins Parlament einbrachte, rief AS am gleichen Tag zum Streik auf, der am 6. Juli an der Philosophischen Fakultät in Zagreb begann. An diesem nahmen 103 von 618 Lehrenden teil (Akademaska Solidarnost 2012a, b). Am 11. 7. wurde er durch eintägige Streiks an den Universitäten in Pula und Zadar und an der Philosophischen Fakultät in Rijeka unterstützt; außerdem begannen Solidaritätsstreiks an der Medizinischen Fakultät und am Institut für Ethnologie und Folkloristik in Zagreb. Aufgrund der Sommerpause, in der keine parlamentarische Beschäftigung mit den Gesetzen zu erwarten war, wurde am 15. 7. die Beendigung des Streiks beschlossen, und nach der Sommerpause wurden die Gesetzesentwürfe nicht weiter behandelt (Akademaska Solidarnost 2012a).

## Gewerkschaften mit unterschiedlichen Positionen

Sowohl AS als auch Ribic sehen den Streik als entscheidend für das Scheitern der Gesetzesentwürfe, ihre Bewertung unterschied sich allerdings gravierend (Akademska Solidarnost 2012c, Ribić 2012). Laut Ribić ging es darum, mit den neuen Gesetzen die Universitäten stärker zu zentralisieren und die totale Autonomie der Fakultäten zurückzudrängen. Außerdem sei die Gebührenfreiheit für die Studierenden festgeschrieben worden. Die Gesetzesentwürfe seien an anarchistischen Professoren von der Philosophischen Fakultät und an selbstsüchtigen Professoren von der Juristischen Fakultät gescheitert, die die Autonomie der Fakultäten beibehalten wollten. AS hingegen spricht von neoliberalen Gesetzesentwürfen und bestreitet, dass tatsächlich kostenlose Bildung vorgesehen war (Akademska Solidarnost 2012c).

Ich beschränke mich hier auf die zwei von Ribic angesprochenen Punkte. Ein Blick in die Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen zeigt, dass sich die Kritik nicht pauschal gegen eine Zentralisierung der Universität richtete, sondern etwa dagegen, dass vier der neun Mitglieder des Universitätsrats – ein neues Kontrollgremium, das im Gesetz über die Universität vorgesehen war – von der Regierung ernannt werden sollten. Sowohl in der Stellungnahme des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät Zagreb vom 25. Oktober (FFZG 2010) als auch in der Analyse des studentischen Plenums vom 31. Oktober 2010 (Plenum 2010: 1) wird darin eine Beschneidung der universitären Autonomie zugunsten politischer Einflussnahme gesehen. Dieser Punkt war auch in der Neufassung des Gesetzesentwurfes vom April 2011 noch enthalten (Republik Kroatien 2011a: 13f.). In der letzten Fassung vom Juni 2011 wurde die Kritik allerdings insofern berücksichtigt, als die Regierung die vier Mitglieder nur noch vorschlagen und ihre Ernennung Aufgabe des Senats sein sollte. Die Behauptung, die Gesetze würden die Gebührenfreiheit für die Studierenden sichern, wurde mit Verweis darauf bestritten, dass im Gesetz über die höhere Bildung von Einschreibgebühren, nicht von Studiengebühren die Rede sei. Diese sollten bis zu 60% eines durchschnittlichen kroatischen Monatslohns für Lehrveranstaltungen im Umfang von 60 ECTS-Punkten betragen dürfen. Auch dieser Punkt war im Entwurf vom Juni 2011 noch enthalten (Republik Kroatien 2011b: 14f., 36).

AS hat etwa 1000 Mitglieder, davon 60% Frauen, etwa 50% Studierende, 15 bis 20% Beschäftigte des Mittelbaus bzw. zu 99% akademische Mitglieder. Die Mitglieder teilen sich folgendermaßen auf die Universitäten auf: Zagreb 47,5%, Split 20%, Rijeka 10%, Pula 5%, Zadar 5%, Osijek 2,5%. Die restlichen 10% arbeiten entweder an außeruniversitären Einrichtungen oder sind keine akademisch Beschäftigten oder Studierenden (Akademska Solidarnost 2012f).

AS arbeitet nach dem Prinzip der direkten Demokratie, das heißt, es gibt keine gewählten Vorsitzenden und Funktionäre. Bei Entscheidungen gibt es kein strenges Konsensprinzip, es wird aber eine klare Mehrheit angestrebt. Gibt es nur eine knappe Mehrheit, wird neu diskutiert und abgestimmt. Im Interview wird bestritten, dass es in der Praxis informelle Hierarchien gebe. AS hat keine organisierte Rechtshilfe und keine hauptamtlichen Beschäftigten (Akademska Solidarnost 2012c, d).

Seit dem Ende des Streiks beschäftigt sich AS vor allem damit, die eigenen Positionen zur Bildungspolitik weiter auszuarbeiten. Die Organisation veröffentlichte am 15. 3. 2012

eine «Deklaration über Wissenschaft und höhere Bildung». Diese schließt mit folgenden Forderungen (Akademska Solidarnost 2012e: 57ff.):

- Keine reine Messung der Wissenschaft am Markterfolg, sondern Betrachtung der Wissenschaft als Mitgestalter gesellschaftlicher Prozesse.
- Förderung der Denk- und Kritikfähigkeit des Einzelnen durch breite Bildung.
- Anerkennung aller Bereiche der Wissenschaft unabhängig von ihrer unmittelbaren Profitabilität.
- Abschaffung einseitig quantitativer Erfolgsmaßstäbe. Keine Teilnahme kroatischer Universitäten an internationalen Ranglisten.
- Strenge gesetzliche Begrenzung der Privatisierung von Bildungseinrichtungen.
- Kostenlose Bildung für alle Studierenden.
- Basisdemokratische Entscheidungsprozesse im Bildungswesen.

AS kommentierte auch die Pläne der im Dezember 2011 gewählten sozialdemokratischen Regierung zu Änderungen des Gesetzes über Wissenschaft und höhere Bildung kritisch. Im April 2012 erklärte AS, es gebe keine Änderung gegenüber der Politik der Vorgängerregierung (Akademska Solidarnost 2012b).

Die Entstehung von AS ist das Ergebnis einer neuen Studierendenbewegung in Kroatien seit 2008. Diese hat sich mit bildungspolitischen Fragen vor dem akademischen Lehrpersonal beschäftigt. Als sie sich gegen die Gesetzesvorhaben der Regierung wandte, erhielt sie keine Unterstützung von der zuständigen Gewerkschaft, so dass eine neue Gewerkschaft entstand. Diese führte einen erfolgreichen Streik durch, bleibt jedoch in der Minderheit und kann ihren Mitgliedern bestimmte gewerkschaftliche Leistungen wie Rechtsschutz nicht anbieten.

Diese Situation ist Ergebnis der Tatsache, dass allzu oft die etablierten kroatischen Gewerkschaften sich nicht als Teil sozialer Bewegungen verstehen. Es kommt zu einem Auseinanderfallen des aktivistischen und des «Dienstleistungs»teils der Gewerkschaftsarbeit. Der kämpferische Teil der Studierenden und Lehrenden hat in den letzten Jahren einiges erreicht, konnte die neoliberale Bildungspolitik teilweise stoppen und die öffentliche Meinung zugunsten kostenloser Bildung verschieben. So ist es eine offene Frage, ob von hier ausgehend eine neue bewegungsorientierte Gewerkschaft entstehen kann, die stark genug ist, eine Alternative zur etablierten darzustellen oder die etablierte Gewerkschaft zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen.

## Literatur

Akademska Solidarnost (2012a): Selbstdarstellung Akademska Solidarnost: <https://sites.google.com/site/akadsolid/tko-smo>. Zugriff: 20. 9. 2012.

Akademska Solidarnost (2012b): Überblick über die Stellungnahmen zu den Gesetzen: <https://sites.google.com/site/akadsolid/poziv-i-podrka>. Zugriff: 20. 9. 2012.

Akademska Solidarnost (2012c): unveröffentlichtes Interview durchgeführt von Heiko Bolldorf.

Akademska Solidarnost (2012d): unveröffentlichtes E-Mail-Interview durchgeführt von Heiko Bolldorf.

Akademska Solidarnost (2012e): Deklaracija o Znanosti i Visokom Obrazovanju (Deklaration über Wissenschaft und höhere Bildung). [www.akadsolid.hr/wp-content/uploads/2012/04/deklaracija.pdf](http://www.akadsolid.hr/wp-content/uploads/2012/04/deklaracija.pdf). Zugriff: 20. 9. 2012.

Akademska Solidarnost (2012f): Izjava Sindikata «Akademska Solidarnost» o Nacrtu prijedloga Zakona o izmjenama i dopunama Zakona o znanstvenoj djelatnosti i visokom obrazovanju (Erklärung der Ge-

werkschaft «Akademska Solidarnost» zum Entwurf des Gesetzesvorschlags über Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes über wissenschaftliche Tätigkeit und höhere Bildung). <https://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZGVmYXVsdGRvbWFpbXha2Fkc29saWR8Z3g6Mzg5NjJjYTM0NGI2ZjQyNQ>. Zugriff: 20. 9. 2012.

FFZG (2010): Stellungnahme des Fakultätsrats: [www.ffzg.unizg.hr/files/012187\\_1.pdf](http://www.ffzg.unizg.hr/files/012187_1.pdf). Zugriff: 20. 9. 2012.

Kapović, Mate (2010): Dvije godine borbe za besplatno obrazovanje i razvoj novog studentskog pokreta u Hrvatskoj (Zwei Jahre Kampf für kostenlose Bildung und die Entwicklung einer neuen Studentenbewegung in Kroatien). [www.slobodnifilozofski.com/2010/11/mate-kapovic-dvije-godine-borbe-za.html](http://www.slobodnifilozofski.com/2010/11/mate-kapovic-dvije-godine-borbe-za.html). Zugriff: 20. 9. 2012.

Lončar, Jovica (2012): unveröffentlichtes Interview durchgeführt von Heiko Bolldorf.

Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Sport der Republik Kroatien (2012): Prijedlog Zakona o izmjenama i dopunama Zakona o znanstvenoj djelatnosti i visokom obrazovanju (Vorschlag des Gesetzes über Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes über wissenschaftliche Tätigkeit und höhere Bildung). <http://public.mzos.hr/Default.aspx?art=11858&sec=3390>. Zugriff: 20. 9. 2012.

Plenum der Philosophischen Fakultät der Universität Zagreb (2010): Analiza dokumenata – Zakon o sveučilitu, Zakon o visokom obrazovanju, Zakon o znanosti (Analyse der Dokumente – Gesetz über die Universität, Gesetz über die höhere Bildung, Gesetz über die Wissenschaft). <http://public.mzos.hr/Default.aspx?art=10309&sec=3317>. Zugriff: 20. 9. 2012

Republik Kroatien, Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Sport (2011a): Nacrt Prijedloga Zakona o Sveučilitu (Entwurf eines Vorschlags des Gesetzes über die Universität). <http://public.mzos.hr/Default.aspx?art=11101&sec=3349>. Zugriff: 20. 9. 2012.

Republik Kroatien, Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Sport (2011b): Prijedlog Zakona o Sveučilitu (Vorschlag des Gesetzes über die Universität). URL: <http://public.mzos.hr/Default.aspx?art=11274&sec=3349>. Zugriff: 20. 9. 2012.

Ribić, Vilim (2012): unveröffentlichtes Interview, durchgeführt von Heiko Bolldorf.